



Herr Marcel Piest	SPD	entschuldigt
Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

### **Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes**

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Herr Tino Henning	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

### **Gäste**

Herr Markus Beck	Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
Herr Andreas Goetzmann	Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (zu TOP 3.1)
Herr Jens Wiedemann	Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (Abfallentsorgung) (zu TOP 3.2)
Herr Herbert Claes	Bereich Grünflächen (zu TOP 3.4, 3.5)
Herr Wolfgang Schaffernicht	Potsdamer Kickers 94 e. V. (Rederecht zu TOP 3.7)
Herr Erik Wolfram	Bereich Stadtentwicklung (zu TOP 3.7)
Frau Martina Woiwode	Bereich Verkehrsanlagen (zu TOP 3.8)
Frau Cordine Lippert	Koordinierungsstelle Klimaschutz (zu TOP 3.9, 3.10)

Protokoll:  
Frau Anhoff

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.4.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"  
Vorlage: 16/SVV/0268  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV  
(Wiedervorlage)
- 3.2 Standorte Glascontainer  
Vorlage: 17/SVV/0052  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV, KOUL (ff)  
(Wiedervorlage)
- 3.3 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke  
Vorlage: 17/SVV/0220  
Fraktion CDU/ANW  
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke  
(Wiedervorlage)
- 3.4 Baumpaten gesucht  
Vorlage: 17/SVV/0231  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)
- 3.5 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen  
Vorlage: 17/SVV/0282  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 3.6 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt  
Vorlage: 17/SVV/0287  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FA, SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 3.7 Fußballplatz im Potsdamer Norden  
Vorlage: 17/SVV/0368  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
B/Sp., SBV (ff)
- 3.8 Nedlitzer Str./Plattner-Campus: Alleebäume retten, P+R flexibilisieren  
Vorlage: 17/SVV/0380  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV (ff)
- 3.9 Dach- und Fassadenbegrünung, eine "Gründachstrategie" für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0372  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung  
(Mitteilungsvorlage)
- 3.10 Klimabericht 2014 und Zwischenbericht Klimaschutzmanagement kommunale Unternehmen  
Vorlage: 17/SVV/0373  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung  
(Mitteilungsvorlage)
- 3.11 Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen  
Vorlage: 17/SVV/0421

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung  
(Mitteilungsvorlage)

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges
- 5.1 Rückfragen zur Kleinen Anfrage 17/SVV/0355 "Entwicklung von Baumfällungen"  
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

Es erfolgt die Vorstellung des neuen Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Herrn Rubelt.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.4.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 20.04.2017 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 2:0:3 Stimmen bestätigt.

Herr Becker übergibt einen weiteren Antrag in Verbindung mit der „Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten“ von Betroffenen aus dem Ortsteil Marquardt an den Landesbetrieb Straßenwesen – Sachgebiet Verkehrsbehörde BAB mit der Bitte an die Verwaltung, das Verfahren beim Landesbetrieb zu begleiten.

Zur Tagesordnung ergeht zum Tagesordnungspunkt (TOP) 3.2 „Standorte Glascontainer“ der Hinweis, dass der hiesige Ausschuss federführend ist. Da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV) noch nicht vorliegt, wird heute zunächst über den Sachstand durch die Verwaltung informiert. Eine Abstimmung erfolgt nach der Behandlung im SBV-Ausschuss.

Den TOP 3.5 „Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen“ bittet der Antragsteller auf die nächste Sitzung zu vertagen. Hier ist eine neue Fassung des Antrages in Arbeit.

Der TOP 3.6 „Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt“ soll ebenfalls auf die nächste Sitzung verschoben werden. Herr Walter führt für den

Antragsteller aus, dass hier noch ein gemeinsamer vor-Ort-Termin mit der Bürgerinitiative und der Verwaltung stattfinden wird, um zu entscheiden, wie in dieser Angelegenheit weiter verfahren werden soll. Die Fraktion wird sich mit der Verwaltung zur Organisation eines Termins in Verbindung setzen.

Der TOP 5.1 „Rückfragen zur Kleinen Anfrage 17/SVV/0355 Entwicklung von Baumfällungen“ wird auf die nächste Sitzung vertagt, da einer der Initiatoren heute nicht anwesend sein kann.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig angenommen.

Es liegt ein Antrag auf Rederecht zu TOP 3.7 „Fußballplatz im Potsdamer Norden“ von Herrn Schaffernicht für den Potsdamer Kickers 94 e. V. vor.

Das Rederecht wird einstimmig gewährt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"**

**Vorlage: 16/SVV/0268**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV

(Wiedervorlage)

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ruft den Inhalt der Vorlage in Erinnerung und erläutert den aktuellen Sachstand anhand von Kartenmaterial, das diesem Protokoll anliegt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 01.04.2015 den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 146 "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs" gefasst (DS 14/SVV/1167). Für den nördlichen Teil der Parkanlage der Villa Jacobs ist dabei vorgesehen, Planungsrecht für die Wiederherstellung dieses Teils der Parkanlage über die Festsetzung einer privaten Grünfläche zu schaffen. Der ehemalige „Königsweg“ solle in seinem historischen Verlauf so weit wie möglich aufgegriffen werden und als öffentlicher Fußweg bis zur Uferzone verlaufen, um dort an den Uferweg anzubinden, der bereits in den beiden angrenzenden Bebauungsplänen planungsrechtlich gesichert sei. Als Planungsziel wurde weiterhin festgelegt, dass die westlich der ehemaligen Parkanlage gelegenen Flächen als Waldflächen festgesetzt werden sollen. Die öffentliche Fußwegeverbindung soll zusätzlich über ein Gehrecht gesichert werden.

Die mit dem Eigentümer derzeit laufenden Verhandlungen zu dem begleitenden Städtebaulichen Vertrag betreffen auch die Ausweitung der öffentlichen Nutzbarkeit. Hier wolle der Eigentümer jedoch nicht von seinem ursprünglichen Angebot abweichen. Die Wiederherstellung des in Rede stehenden Teils der Parkanlage sei nur über eine Waldumwandlungsgenehmigung durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg möglich, die zwischenzeitlich rechtskräftig ergangen sei. Dies habe zur Folge, dass der Eigentümer ab sofort einen Antrag auf Umzäunung stellen kann. Er legt daher keinen Wert mehr auf den Fortgang des Bebauungsplanverfahrens; dies ist auch objektiv nicht mehr notwendig.

Der Eigentümer hat gleichwohl angeboten, eine – im Hinblick auf seine Perspektiven nunmehr veränderte – gesicherte Durchwegung im Bereich des ehemaligen „Königsweges“ zum Seeufer weiterhin vertraglich zu sichern. Eine Bedingung des Eigners für einen Vertragsabschluss sei, dass er noch in diesem Sommer mit den Baumaßnahmen beginnen kann. Eine Entscheidung in dieser Angelegenheit müsse daher noch vor der politischen Sommerpause getroffen

werden. Herr Goetzmann schlägt daher vor, die Drucksache (DS) in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 22.6. und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 27.6. abschließend zu behandeln. In der Stadtverordnetenversammlung am 5.7. solle dann per Sofortbeschluss über die Zustimmung zu dem dann vorliegenden modifizierten Vertrag entschieden werden.

Herr Walter erkundigt sich, ob von der durch den Eigentümer geplanten Umzäunung auch der Uferweg betroffen sei.

Herr Goetzmann führt aus, der Kaufvertrag beinhalte, dass der Uferweg zu jeder Zeit für Fußgänger geöffnet werden müsse. Im beabsichtigten Städtebaulichen Vertrag sei zudem auch die Öffnung für den Radverkehr vorgesehen.

Frau Schulze ruft den Änderungsantrag von Herrn Jäkel, der in diesen Ausschuss in der Sitzung am 19.5.2016 eingebracht wurde, in Erinnerung.

„Die StVV möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 146 „Nordwestseite Jungfernsee/ Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ ist im Bereich der ehemaligen historischen Parkanlage der Villa Jacobs auf Grundlage der in Anlage 4 dargestellten Handlungsoption 1 fortzuführen mit Ergänzung des Gehrechtes am Ufer entsprechend Anlage 6.“

Sie möchte wissen, ob die Leitentscheidung überhaupt noch von Relevanz sei.

Herr Goetzmann erläutert, dass die Umsetzung des Änderungsantrages rechtlich kaum mehr möglich sei. Unter anderem komme eine Festsetzung der Fläche als Wald nicht mehr in Betracht, da der Landesbetrieb Forst Brandenburg, wie eingangs ausgeführt, diesen rechtlichen Status durch die Waldumwandlungsgenehmigung gerade erst geändert habe.

Herr Dr. Zöller erkundigt sich, ob die öffentliche Zugänglichkeit des Hippodroms, wenn es als Gartendenkmal wieder hergestellt sei, im Städtebaulichen Vertrag enthalten sei.

Herr Goetzmann gibt an, dass das Gegenstand des Vertrages sein soll.

Frau Schulze stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die DS 16/SVV/0268 bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 22.6. zurückzustellen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig **angenommen**.

Die DS 16/SVV/0268 wird zurückgestellt und in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zur Beschlussfassung erneut aufgerufen.

### zu 3.2 **Standorte Glascontainer**

**Vorlage: 17/SVV/0052**

Fraktion DIE aNDERE

SBV, KOUL (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Wiedemann (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger [Abfallentsorgung]) stellt den aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anliegt, dar. Nach eingehender Prüfung und Befragung aller Beteiligten hätten sich drei realisierbare Standorte ergeben, die sich in der Seestraße, der Behlert-/Gutenbergstraße sowie der Hebbelstraße befänden. Auf die Gründe bzgl. der nicht umsetzbaren Standorte geht er ein.

Nachfragen bestehen nicht.

Die DS 17/SVV/0052 wird zurückgestellt und nach Vorliegen des Votums des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr erneut aufgerufen (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

### zu 3.3 **Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke**

**Vorlage: 17/SVV/0220**

Fraktion CDU/ANW

alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke

(Wiedervorlage)

Herr Rietz bringt die Neufassung des Antrages ein und begründet sie.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) bis zum September 2017 ein Konzept zu entwickeln, wobei bei einer möglichen Ausschreibung durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen sichergestellt wird;
2. mögliche Vertragspartner ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegen und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen - mindestens im derzeit vorhandenen Umfang sowie zu den aktuellen Konditionen durch Vereine sowie zu vertretbaren Konditionen für die Landeshauptstadt Potsdam sichergestellt wird;
3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.“

Frau Schulze bringt die Beschlussfassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft ein, die auch die Zustimmung des betroffenen Ortsteiles Groß Glienicke hat.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ein Konzept zu entwickeln.

Den beteiligten Ausschüssen und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.“

Herr Rietz verweist auf die neue Fassung des Antragsstellers, bei der er bleiben möchte und die als weitergehender Antrag abgestimmt werden soll.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) bis zum September 2017 ein Konzept zu entwickeln, wobei bei einer möglichen Ausschreibung durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen sichergestellt wird;
2. mögliche Vertragspartner ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegen und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen - mindestens im derzeit vorhandenen Umfang sowie zu den aktuellen Konditionen durch Vereine sowie zu vertretbaren Konditionen für die Landeshauptstadt Potsdam sichergestellt wird;
3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 3.4 Baumpaten gesucht**  
**Vorlage: 17/SVV/0231**  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)

Frau Schulze bringt den Änderungsantrag für die Fraktion DIE LINKE ein und

erläutert ihn.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

1. inwieweit die bestehenden Informationen für eine Pflegepatenschaft, so wie im Flyer beschrieben, besser in die Öffentlichkeit transportiert werden können.
2. Wie die Öffentlichkeitsarbeit ausgerichtet werden kann, um über Baumpatenschaften (das Pflanzen neuer Bäume) die Stadtgesellschaft besser zu informieren.

Über das Ergebnis der Prüfung ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 13. September 2017 zu informieren.“

Herr Claes (Bereich Grünflächen) erklärt, dass der betreffende Flyer in einer 2. Auflage entsprechend überarbeitet werden könne. Mit dem Bereich Marketing stehe man diesbezüglich in Verbindung.

Auf die Nachfrage von Frau Schulze, bis wann die Überarbeitung erfolge könne, stellt Herr Claes Oktober 2017 in Aussicht.

Frau Schulze erklärt für den Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen. Der Antragsteller behalte sich jedoch vor, einen neuen Antrag auf den Weg zu bringen, sollte der Flyer bis Oktober nicht entsprechend überarbeitet sein.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Zurückziehung zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Antrag DS 17/SVV/0231 wird durch den Antragsteller zurückgezogen.

**zu 3.5 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen**

**Vorlage: 17/SVV/0282**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 3.6 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt**

**Vorlage: 17/SVV/0287**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA, SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 3.7 Fußballplatz im Potsdamer Norden**  
**Vorlage: 17/SVV/0368**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
B/Sp., SBV (ff)

Herr Schaffernicht (Potsdamer Kickers 94 e. V.) nimmt sein Rederecht wahr. Mittlerweile bestehe der Verein seit mehr als 20 Jahren und sei einer der größten Fußballvereine Potsdams. Besonders für den Potsdamer Norden aber auch für die Mitte und Potsdam West sei der Verein für mehrere hundert aktive Jungs und Mädchen fester Anlaufpunkt. Seit vielen Jahren arrangiere sich der Verein mit dem Sportplatz in der Kirschallee, seit er 1999 das Ernst-Thälmann-Stadion (heutiger Lustgarten) zugunsten der Bundesgartenschau 2001 verlassen musste. Der vermeintlich adäquate Ersatz in der Kirschallee biete kein Gelände, das räumlich getrennt und nur dem Vereinssport diene. Die Umkleidekabinen, inklusive Sanitäranlagen, würden den Anforderungen des Vereines sowohl in Qualität und Quantität nicht gerecht und es fehlten ein Vereinsheim sowie Vereinsräume. Gespielt werde auf einem Sportplatz, der in Größe und Beschaffenheit mehr als wettkampfuntauglich sei. Letztlich seien es die Mitglieder, die die täglichen Abläufe koordinieren und auch begleiten. Dieser Zustand sei nicht länger tragbar. Ein angemessenes Vereinsleben sei an der Kirschallee nicht möglich. Daher bittet er um Unterstützung, nunmehr einen angemessenen Sportstandort im Potsdamer Norden zu schaffen und die Umsetzung nicht länger aufzuschieben.

Herr Walter bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Er äußert Bedenken bezüglich der umwelttechnischen Eingriffe am Standort Lerchensteig.

Mehrere Mitglieder sprechen sich gegen den Antrag aus.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) stellt anhand entsprechenden Kartenmaterials bereits geprüfte Standorte vor, unter denen sich auch die hier in Rede stehenden befinden. Die Verwaltung empfehle im Ergebnis den Standort Lerchensteig/ Schneiderweg. Zwar sei hier die Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) derzeit noch nicht gut, sein Ausbau sei jedoch beabsichtigt. Er kündigt eine Beschlussvorlage (Auslegungsbeschluss der Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“) für die Stadtverordnetenversammlung im Juni an, in der auch die geprüften Standorte dargestellt werden. Der von den Anwohnern neu vorgeschlagene Standort „AWO-Gelände Süd/Ost“ konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr in die Vorlage aufgenommen werden, könne aber jetzt vorgestellt werden. Da hier die Nachteile die Vorteile deutlich überwiegen, sei dieser Standort abzulehnen. Die im Antrag thematisierte Stellungnahme der Umweltverbände bezog sich auf einen frühen Verfahrensstand. Im Zuge der Planung würden selbstverständlich entsprechende Gutachten zum Artenschutz, Lärm- und Lichtemissionen erarbeitet, um das Vorhaben genauer einschätzen zu können.

Herr Wolfram sieht das Ziel des Antrages durch Verwaltungshandeln erledigt und empfiehlt, dies auch so zu beschließen.

Herr Walter sieht den Antrag ebenfalls als erledigt, möchte sich aber noch mit seiner Fraktion abstimmen. Er stellt daher den Geschäftsordnungsantrag, den

Antrag im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückzuziehen. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr werde dann mitgeteilt, wie mit der DS weiter verfahren werden soll.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Antrag DS 17/SVV/0368 wird für den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückgezogen.

**zu 3.8 Nedlitzer Str./Plattner-Campus: Alleebäume retten, P+R flexibilisieren**  
**Vorlage: 17/SVV/0380**  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV (ff)

Herr Kuppert bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) gibt an, dass dem Anliegen überwiegend nicht gefolgt werden könne. Die Forderungen aus den ersten beiden Absätzen seien nicht zu erfüllen, da sie mit dem aufkommenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht vereinbar seien. Busse hätten einen bestimmten Platzbedarf, dem einfach Rechnung getragen werden muss. Zudem würde sich bei einer vierfach erhöhten Anzahl von Kurvenfahrten die Fahrtzeit erheblich verlängern und den ÖPNV unter Umständen unattraktiv machen.

Den im Wendekreis der Straßenbahn geplanten Park+Ride (P+R) -Parkplatz als Parkhaus in modularer Bauweise zu errichten gebe der entsprechende Bebauungsplan nicht her.

Die Forderung nach kostenfreiem Parken für P+R-Kunden sei bereits umgesetzt. Der Forderung, die an der Nedlitzer Straße vorgesehenen Parkplätze nicht weiter zu planen, könne ebenfalls nicht gefolgt werden. Diese seien nicht nur Bestandteil des Bebauungsplans Nr. 83, sondern auch hinsichtlich der Langfristigkeit ihrer geplanten Nutzung wirtschaftlich sinnvoll. Zudem werde hierin eine Etablierung des P+R-Projektes gesehen, das ein deutliches Zeichen für eine nachhaltige Mobilität setze.

Die Forderung nach überdachtem Parkraum für 50 Fahrräder sei im Großen und Ganzen umsetzbar. Lediglich bezüglich der Menge der Stellplätze gehe die Verwaltung von einer niedrigeren Zahl aus. Der Radverkehrsbeauftragte halte 28 überdachte Stellplätze für ausreichend, die bei Bedarf durch Wegnahme von ein bis zwei PKW-Stellplätzen noch aufgestockt werden könnten.

Die geforderte Kostenübernahme durch den Entwicklungsträger sei nach dem Baugesetzbuch leider nicht möglich. Da es sich um keine entwicklungsbedingte Maßnahme handele müsse die Finanzierung durch den städtischen Haushalt getragen werden. Entsprechende Fördermittel seien beantragt.

Herr Rietz unterstützt die Ausführungen von Frau Woiwode. Außerdem sei der Zeitplan der Umsetzung der Maßnahme nicht unnötig zu gefährden.

Herr Kuppert stellt für den Antragsteller den Geschäftsordnungsantrag, den

Antrag im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückzuziehen und sich zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr mit der Fraktion zum weiteren Verfahren zu verständigen.

Herr Walter erkundigt sich, ob die Fällung der Eiche 350 planerisch doch verhindert werden könne.

Frau Woiwode gibt an, dass die Fällung leider unumgänglich sei. Für die beiden betroffenen Nachpflanzungen jedoch sehe es besser aus, sie seien noch jung genug, um ohne Probleme umgesetzt werden zu können.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Zurückziehung zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Antrag DS 17/SVV/0380 wird für den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückgezogen.

### zu 3.9 **Dach- und Fassadenbegrünung, eine "Gründachstrategie" für die Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0372**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Walter hat einige Nachfragen und Anmerkungen zur Mitteilungsvorlage. Im Besonderen verweist er in 2.1 auf den letzten Absatz, in dem es heißt, „Derartige Förderprogramme sind jedoch derzeit nicht bekannt; im sozialen Wohnungsbau sind bei vorgegebenen Mieten derzeit keine Fördergelder für diese Mehrkosten zu erwarten.“. Ihm sei jedoch bekannt, dass es zwischenzeitlich ein Programm beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zur Förderung solcher Projekte gebe. Am 24.04.2017 kündigte das BMUB mit der Pressemitteilung Nr. 127/17 | Städtebau / Förderung ein neues Städtebauprogramm an. Im Jahr 2017 erhalten Städte und Gemeinden erstmals 50 Millionen Euro für Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Grüns. Er bittet dies zu prüfen.

Auch im Hinblick auf erneuerbare Energien müsse mehr möglich sein, als hier ausgeführt. Positivbeispiele wie Hamburg, Leipzig, Marburg und Hamm zeigten eine zielführende und effektivere Nutzung erneuerbarer Energien in diesem Zusammenhang. Dies sollte auch für die Landeshauptstadt Potsdam geprüft werden, beispielsweise durch ein entsprechendes durch Fördermittel des BMUB finanziertes Pilotprojekt.

Herr Lack bezieht sich auf die unter 2.1 im zweiten Absatz angesprochene Kostenbeteiligung und ergänzt die Frage, wer hier angesprochen sei.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) berichtet von Interessens- und Nutzungskonflikten beispielsweise mit dem Welterbe der UNESCO. Das Beispiel Hamburg sei der Verwaltung bekannt und wurde auch in die hiesigen Überlegungen einbezogen. Ein entsprechender Effekt werde für Potsdam jedoch nicht gesehen. Zwar könne eine „Gründachstrategie“ erstellt werden - für die wenigstens ein Jahr benötigt werde -, deren adäquate Umsetzung sei jedoch schwierig. Zum Klimaschutz werde sie letztlich nur einen kleinen Teil beitragen können. Die Frage nach der Kostenbeteiligung könne sie nicht beantworten, werde diese aber mitnehmen und an die zuständige Stelle weiterleiten. Für die Erstellung einer entsprechenden Strategie bedarf es eines Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung.

Herr Rietz rät hier die Frage nach Aufwand und Nutzen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Herr Lack wird sich in der Fraktion beraten, ob ein Antrag auf eine entsprechende Strategie formuliert werde.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0372 zur Kenntnis.

### **zu 3.10 Klimabericht 2014 und Zwischenbericht Klimaschutzmanagement kommunale Unternehmen**

#### **Vorlage: 17/SVV/0373**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Dr. Zöller kritisiert die verwendete Bilanzierungsmethode, in der Bundesstrommix zur Anwendung kommt. Hier müsse der Lokalstrommix zugrunde gelegt werden. Bezüglich des Zukunftstrends bemängelt er, dass hierin weder Überlegungen bezüglich was in Potsdam weiterhin möglich sei, noch was nicht mehr möglich sei einbezogen worden seien. Dies müsse in einem Ausblick jedoch unbedingt mitberücksichtigt werden, um ein realistisches Bild zu erhalten. Ihm fehle jegliche kritische Interpretation der gelieferten Zahlen.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) weist darauf hin, dass es sich bei der Mitteilungsvorlage um einen Bericht und nicht um eine Szenarienrechnung handele. Die zugrunde gelegte Methode beruhe auf den Standards der „BISKO“ (Bilanzierungs-Standard Kommunal) -Methode, in der ein konkretes Berechnungsverfahren sowie der Bundesstrommix vorgegeben seien.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0373 zur Kenntnis.

### zu 3.11 **Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen**

#### **Vorlage: 17/SVV/0421**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung  
(Mitteilungsvorlage)

Da der Bereich Beteiligungsmanagement nicht vertreten ist, bittet Frau Schulze die folgenden Fragen und Bitten sowie die im Nachgang zur Sitzung ergangenen Antworten ins Protokoll aufzunehmen.

Sie bezieht sich auf folgenden Aussagen aus der Mitteilungsvorlage:

„Der Oberbürgermeister wurde in seiner Funktion als Präsident des Städte- und Gemeindebundes beauftragt, beim Land Brandenburg auf eine Änderung der rechtlichen Ermächtigung hinzuwirken.“

*Welches Ergebnis hat der Oberbürgermeister bezüglich dieses Auftrages erreicht?*

Antwort der Verwaltung:

„Entsprechend der Beschlussfassung, wurde und wird die Thematik durch den Oberbürgermeister in seiner Funktion als Präsident des Städte- und Gemeindebundes vorgebracht. Ziel ist es, gemeinsam mit dem Land auf eine Änderung der rechtlichen Ermächtigung durch den Gesetzgeber hinzuwirken.

Es gibt bis heute keine Rechtsgrundlage für die Einrichtung eines derartigen Verbotes wie es vgl. auf Basis des Bundesnichtraucherschutz-Gesetzes seit dem 01.09.2007 in allen Personenbahnhöfen der öffentlichen Eisenbahnen und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln gilt. Konkrete Ergebnisse liegen bis dato nicht vor.“

„Ein runder Tisch, an welchem die verschiedenen Themen der Sauberheitskampagne und deren Umsetzungsmöglichkeiten besprochen werden, ist mit Beteiligung des Verkehrsbetriebes (ViP) noch vor dem Sommer geplant.“

*Wann findet der angekündigte runde Tisch unter Mitwirkung von Fraktionsvertretern im Rahmen der Sauberheitskampagne Potsdam vor der Sommerpause statt?*

Antwort der Verwaltung:

„Die Auftaktveranstaltung findet am 12.06.2017 um 17.30 Uhr statt. Die Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen wurden hierzu mit Schreiben vom 15.05.2017 eingeladen.“

*Es wird gebeten, die Ergebnisse des runden Tisches in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) am 31.8. vorzustellen bzw. mit der Einladung zur Sitzung wird den Ausschussmitgliedern das Protokoll des runden Tisches zur Verfügung gestellt.*

Antwort der Verwaltung:

„Das Ersuchen wurde an den zuständigen Bereich weitergeleitet.“

„Gemeinsam mit dem Kundenbeirat und Potsdam TV erarbeitet die ViP einen Erklärfilm für Fahrgast-TV und Internet zu Verhaltensthemen im ÖPNV.“

*Wann wird dieser Film fertiggestellt sein?*

Antwort der Verwaltung:

„Nach erfolgter Rücksprache mit der ViP, befindet sich der dort gemeinsam mit dem Kundenbeirat erarbeitete Erklärfilm in der Endabstimmung zwischen ViP und der Produktionsfirma. Eine Fertigstellung des dreiteiligen Filmmaterials wird Mitte Juli erwartet.

Bei dem Film handelt es sich um einen dreiteiligen Spot unter dem Leitbegriff ‚gegenseitige Rücksichtnahme‘. Die Aufforderung zum Nichtrauchen im Haltestellenbereich ist hier mit eingearbeitet.“

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0421 zur Kenntnis.

**zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Beck (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) informiert über den ersten bestätigten Wolf in Potsdam.

**zu 5            Sonstiges**

**zu 5.1        Rückfragen zur Kleinen Anfrage 17/SVV/0355 "Entwicklung von Baumfällungen"**

Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

Matthias Lack  
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff  
Niederschrift